

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Auf dem Weg zum dritten Weltkrieg?

„Am Rande des Abgrunds“ ist ein Leitartikel überschrieben, den die *Frankfurter Rundschau* in ihrer Nr. 133 vom 11. Juni 1965 veröffentlicht; Verfasser dieses Artikels ist *Heinz Pol*, der seit vielen Jahren als Korrespondent deutscher Zeitungen in Washington lebt und zu den besten Kennern der USA-Politik gerechnet werden darf. Heinz Pol schreibt:

„Die amerikanische Außenpolitik befindet sich in einer Krise, und Präsident *Johnson*, der die Außenpolitik in höchster Instanz entscheidet und für sie die Verantwortung trägt, ist das Objekt einer Vertrauenskrise von einem Ausmaß, wie man sie in der modernen Geschichte der USA kaum erlebt hat. Das sind starke Worte, aber sie sind einer Situation gemäß, in der nicht nur für Amerika, sondern für die ganze Welt ein Mangel an Offenheit und Klarheit zu höchst gefährlichen Resultaten führen kann.

Der Krieg in Vietnam wird in Europa noch immer in der Hauptsache als eine Angelegenheit angesehen, die nur die USA angeht. Als ein bedauernswerter lokaler Konflikt, der glücklicherweise sehr weit entfernt von all den anderen Krisen liegt, die die übrige Welt beschäftigen. Aber diese Auffassung ist von den Ereignissen längst ad absurdum geführt. Der Vietnam-Krieg ist schon lange keine lokale Angelegenheit mehr. Er ist zu einem Problem geworden, dessen Folgen allein deshalb unübersehbar sind, weil es mittlerweile ganz andere Dimensionen angenommen hat. Die Frage erhebt sich — und sie wird seit einigen Wochen in verantwortlichen amerikanischen Kreisen offen genug diskutiert —, ob der Vietnam-Konflikt, wenn er sich in derselben Richtung weiterentwickelt wie bisher, zum *dritten Weltkrieg* führen könne. Allein die Fragestellung enthüllt, wie ernst die Situation geworden ist.

Die Sorge um die Entwicklung in Südostasien, die von Tag zu Tag explosiver wird, bleibt auf sehr enge Kreise beschränkt. Man beschäftigt sich mit näherliegenden Problemen, an denen Europa ja keinen Mangel hat. Aber

alle Zukunftspläne über ein neues Europa, über eine neue NATO oder über ein wieder vereinigt Deutschland mögen von dem Feuer eines Krieges vernichtet werden, der von Südostasien aus den Erdball niederbrennt.

Man spricht davon — und glaubt damit schon den Höhepunkt einer pessimistischen Beurteilung erreicht zu haben —, daß sich der Vietnam-Konflikt in eine Art Korea-Krieg ausweiten könne. Präsident Johnson hat amerikanischen Truppen erlaubt, direkt in den Kampf einzugreifen. Die ersten australischen Kontingente sind in Saigon eingetroffen, Truppen aus Südkorea sind angekündigt, und der unermüdete *Tschiang Kai-schek*, der noch immer auf seine Stunde hofft, hat seine militärisch nicht zu unterschätzende Formosa-Armee angeboten.

Aber der Vergleich mit Korea hinkt, denn damals waren nur die USA (zusammen mit Kontingenten der freien Welt) und ein noch in den Kinderschuhen steckendes China in den Konflikt hineingezogen worden, während Moskau beiseite stand. Diesmal steht die Sowjetunion ganz und gar nicht abseits. Diplomatisch und militärisch konzentrieren sich die drei Weltmächte in immer stärkerem und gefährlicherem Maße auf den Vietnam-Schauplatz. Wenn diese Konzentrierung nicht in verhältnismäßig kurzer Zeit, nämlich vor Erreichung des sogenannten ‚point of no return‘ zu einer friedlichen Lösung führt, so muß sie unvermeidlich zunächst alle unmittelbar Beteiligten und dann die ganze Welt in die dritte und voraussichtlich letzte Katastrophe hineinreißen.

Kann dieser Lauf noch gestoppt werden? Der Kongreß scheint sich endlich etwas mehr für das zu interessieren, was in Südostasien gespielt wird. Die Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses haben angefangen, sich darüber zu wundern, ob der Präsident, trotz all seiner konstitutionellen Privilegien das Recht habe, einen regelrechten Krieg gegen ein anderes Land zu führen, ohne den Kongreß aufzufordern, eine formelle Kriegserklärung abzugeben. Zwar hat der Kongreß nach dem ersten Zwischenfall in der Tongking-Bucht im August 1964 dem Präsidenten unbeschränkte Vollmachten für Vietnam gegeben. Aber niemand dachte damals, daß der Konflikt die heutigen Ausmaße annehmen würde. Plötzlich sieht man sich vor eine Situation gestellt, mit der man nicht gerechnet hatte.

Nach Verfassung und Tradition ist und bleibt das Gebiet der Außenpolitik dem Präsidenten, seinem Kabinett und seinen Ratsgebern vorbehalten. Selbstverständlich besitzen beide Häuser des Kongresses ihre Außenpolitischen Ausschüsse, die in ständigem Kontakt mit dem Weißen Haus und dem Außenministerium stehen und von diesen über alle wichtigeren Entwicklungen in meist vertraulicher Form informiert werden. Infolge der

Vorrechte des Präsidenten und der engen Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative sind außenpolitische Debatten im Kongreß eine fast unbekannte Sache. Man vermeidet öffentliche Aussprachen, insbesondere dann, wenn die Meinungen geteilt sind. Statt dessen zieht man es vor, hinter geschlossenen Türen zu verhandeln und nach außen hin, besonders in Kriegszeiten, Geschlossenheit und Einigkeit zur Schau zu tragen.

Um so bedeutsamer ist eine Entwicklung zu bewerten, die sich jetzt anbahnt, und die darauf hinzielt, vom Kongreß her die Außenpolitik des Weißen Hauses nicht nur zu kritisieren, sondern auch zu beeinflussen und in eine andere Richtung zu lenken. Die erste Initiative geht von 28 Mitgliedern des Repräsentantenhauses aus, die den Auswärtigen Ausschuß aufgefordert haben, so schnell wie möglich öffentliche Sitzungen abzuhalten, die sich ausschließlich mit der Südostasien-Politik der Regierung beschäftigen. Es sollen Beobachter und Fachleute aus allen Kreisen der Bevölkerung gehört werden, vor allem jene, die die Außenpolitik der Regierung mißbilligen.

Das Vorgehen der 28 Parlamentarier ist um so bemerkenswerter, als es sich ausschließlich um Mitglieder der Demokratischen Partei handelt. Es sind also in erster Linie Opponenten aus dem eigenen Lager, mit denen Johnson zu rechnen hat. Im Senat ist man bisher noch nicht soweit gegangen, aber ein großer Teil der bekanntesten und einflußreichsten Senatoren hat in der letzten Zeit öffentlich davor gewarnt, den gegenwärtigen Vietnam-Kurs fortzusetzen, weil er zu einer Katastrophe führen müsse.

Vielleicht charakterisiert nichts besser die gefährliche Lage, in die die Welt hineinzurutschen droht, als die Worte, die der höchst konservative demokratische Senator *Gore* (Tennessee) aussprach: „Es scheint mir, daß unser Land in Vietnam das Schicksal herausfordert, das zu der größten Tragödie führen kann, die unser Land je erlebt hat.“

Visionen von einem sozial-gerechten Staat

Im Juniheft 1965 der *Quelle* hat *Hans Dohrenbusch*, Chefredakteur des *Aufwärts*, über die Eindrücke berichtet, die er in den letzten Monaten auf den Jugendkonferenzen dreier DGB-Gewerkschaften — der IG Druck und Papier, der IG Metall und der Deutschen Postgewerkschaft — gewonnen hat. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Betrachtungen möchten wir den Aufsatz von Hans Dohrenbusch auch unseren Lesern zugänglich machen:

„Diese jungen Menschen, alle im Arbeitsprozeß stehend, haben nichts von jener Ro-

mantik an sich, die einst die deutsche Jugendbewegung beherrschte. Sie wissen, wer Internationale Mailand und Real Madrid, wie der Tabellenstand der Bundesliga ist, sie wissen über Jazz Bescheid und viele von ihnen wissen etwas über die Gruppe 47 und ihre Autoren. Wenn sie im Rhythmus von zwei bis drei Jahren zu ihren Jugendkonferenzen zusammenkommen, um über die vergangene Arbeit zu diskutieren und für die kommende die Richtlinien festzulegen, dann zeichnet sie vor allem ein sehr waches politisches Interesse aus. Sie gehören zu den 12 vH der deutschen Jugend, von denen Professor *Walter Jaide* in seiner Untersuchung über Werthaltungen und Leitbilder der Jugendlichen sagt, daß sie politisch engagiert sind.

So ist es nicht verwunderlich, daß auf den Konferenzen politische Fragen im Vordergrund stehen. Die jungen Gewerkschafter wissen Bescheid über Deutschlands furchtbare Vergangenheit, und sie wollen nicht, daß so etwas wieder passiert. Aus dieser Grundhaltung heraus verfolgen sie das politische Geschehen in der Bundesrepublik und in der Welt. *Augstein* und *Strauß*, *Adenauer* und *Wehner*, *Höcherl* und *Erler*, *Franco* und *Mao*, *Ulbricht* und *Willy Brandt*, *Nasser* und *Ben Gurion* sind für sie Personenbegriffe, mit denen sie eine bestimmte politische Haltung verbinden. Ihr Urteil ist meist sehr scharf. Pragmatismus lassen sie gerade noch gelten, Opportunismus ist für sie ein Greuel.

Nationalismus ist dieser Jugend fremd. Sie lächeln mitleidig, wenn ihnen jemand mit einem neuen Nationalgefühl kommt. Wenn das Wort Vaterland für sie einen Begriff darstellt, dann heißt er Europa. Was in Vietnam und San Domingo passiert, das verfolgen sie und nehmen leidenschaftlich Stellung. Rassenhaß ist für sie ein unmoralischer Begriff. Spricht man mit diesen Jugendlichen, so ist man immer wieder erstaunt, wie sehr ihr Gefühl sich mit denen verbunden hat, die, gleich welcher Hautfarbe, in der Unterdrückung oder Gefahr (wie Israel) leben. Da ihre Urteile meist moralisch sind, verbieten sich für sie Pluralurteile. Sie sind gegen Befehle, sie wollen diskutieren, sie wollen Einsicht gewinnen. Sie wollen nicht politisch kommandiert werden. Sie wollen auch mit ihren politischen Gegnern, auch mit den Kommunisten, diskutieren. Langanhaltenden Beifall ertete der Vorsitzende des Jugendausschusses der Deutschen Postgewerkschaft, *Hans Busch*, als er zu den jungen Delegierten sagte: 'Warum verbietet man uns, eine Beobachterdelegation nach Algier zu entsenden? Sind wir denen, mit denen wir sprechen wollen, nicht haushoch überlegen? Ist unsere Bundesrepublik, bei aller Kritik, die wir zu üben haben, nicht in vielen Dingen besser als jeder kommunistische Staat? Geht die Welt unter, wenn wir uns am Ostermarsch beteiligen?'

Was berechtigt diese jungen Menschen zu einer solchen Sprache? Nur ihre Jugend? Das wäre Narrenfreiheit. Nun, sie leisten etwas. Wer die Berichte verfolgte, die sie von ihrer Kleinarbeit gaben, bekam einen Begriff davon, wie sehr sie sich für ihre jungen Kollegen im Betrieb einsetzen, sei es als junger Vertrauensmann, sei es als Betriebsjugendvertreter, sei es als Jugendpersonalvertreter. Arbeiten, die aus Idealismus getan werden, wobei sie leider noch oft gegen den Widerstand ihrer älteren Kollegen zu kämpfen haben, die in ihnen eine lästige Konkurrenz sehen oder sie nicht für voll nehmen.

Sie können über Erfolge berichten, nicht nur nimmt die Zahl der jugendlichen Mitglieder in ihren Gewerkschaften zu (so hat zum Beispiel die Deutsche Postgewerkschaft in zehn Jahren die Zahl ihrer Mitglieder unter 21 Jahren von 21 000 auf über 48 000 erhöhen können), sondern sie erobern auch die Vertretungen der Jugend in den Betrieben von Wahl zu Wahl mehr. Es sind nicht weltbewegende Dinge, die sie für ihre jungen Kollegen in den Betrieben durchsetzen, manchmal geht es nur darum, daß die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes eingehalten werden. Oder es geht darum, daß die Jugendlichen wirklich etwas lernen und nicht für Arbeiten verwendet werden, die mit einer Lehrzeit nichts zu tun haben, oder es geht darum, daß für die jungen Menschen Bildungsurlaub gegeben wird. Kurz, sie sind die Wahrer des Jugendrechts in ihren Betrieben. Eine immense ehrenamtliche Kleinarbeit, die das Gefühl der Solidarität unter den jungen Menschen stärkt.

Sie wissen, wie schwer es junge Arbeitnehmer in unserer Bundesrepublik haben, immer wieder erinnern sie sich daran, daß sie über ein Jahrzehnt für ein zeitgemäßes Jugendarbeitsschutzgesetz kämpfen mußten, wie sie heute für ein so bitter notwendiges Berufsausbildungsgesetz, das unserer Zeit entspricht, zu kämpfen haben. Nichts wird ihnen geschenkt. Die arbeitende Jugend ist nach wie vor das Stiefkind der Bundesrepublik.

Auf einer Konferenz wurde unter großem Beifall ein Ausspruch von *John F. Kennedy* (für viele ein Vorbild) zitiert, der besagt, daß junge Menschen Visionen haben sollen, denn ohne Visionen sterbe ein Volk.

Nun, diese Jugend hat vor allen Dingen Visionen von einem sozialen Rechtsstaat, in dem eine andere Wirtschaftsordnung Platz haben müßte, die nicht mehr und mehr die gesamte Wirtschaftsmacht in einzelne Hände übergehen läßt. Sie will nicht, daß die Demokratie durch Notstandsgesetze eingeschränkt wird, sie will nicht, daß in unserem Staat mehr und mehr aufgerüstet wird, sondern sie wünscht, daß man sich auf Seiten der Regierung für die Abrüstung einsetzen soll. Sie will nicht die Einschränkung der Pressefreiheit, sondern die Freiheit der Presse bewahren.

In ihren Gruppen hat diese Jugend sich zu kleinen Gemeinschaften zusammengeschlossen. Sie redet über die politischen Ereignisse, über Literatur und Kunst, sie treibt Sport, macht Musik, bildet Jugendkabarets und Laienspielgruppen, sie tanzt und reist gern und ist fröhlich.

Daß ihr manchmal das Lachen vergeht, dafür sorgen allzu viele Ereignisse in der Politik der Bundesrepublik und der Welt. Und dann erhebt sie ihre Stimme, geht nicht selten auf die Straße und macht ihrer Empörung Luft. Und das ist gut so.

Mir haben diese drei Jugendkonferenzen die Gewißheit gegeben, daß es um den Nachwuchs unserer großen Gewerkschaftsbewegung gut bestellt ist und diese Jugend, wenn sie erwachsen ist, die Visionen von einem sozialgerechten Staat nicht vergessen wird."

Kein Maulkorb für politische Flüchtlinge!

Unter diesem Titel schreibt der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete *Peter Blachstein* in Nr. 22 der *Zeit*:

„Vor einigen Tagen hat ein bekannter algerischer Politiker, der als Flüchtling in die Bundesrepublik kam, eine Pressekonferenz abgehalten. Dabei hat er scharfe Kritik an der diktatorischen Regierungsweise des algerischen Staatschefs Ben Bella geübt und zu den deutsch-arabischen wie deutsch-israelischen Beziehungen Stellung genommen. Darauf hat das Auswärtige Amt in scharfer Form jede politische Betätigung von politischen Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik politisches Asyl genießen, als unzulässig erklärt. Jede Äußerung, die die Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Staaten belaste, sei verboten.

Diese Haltung des Auswärtigen Amtes mag für seine Bürokraten bequem sein. Im Interesse der Bundesrepublik und der freien Welt liegt sie nicht. Das Asylrecht sollte nicht nur bedeuten, daß des Verfolgten Leib und Leben geschützt wird. Es sollte ihm auch möglich sein, Verfolgungen, Unterdrückung und Terror im eigenen Land der Öffentlichkeit des Gastlandes und der Welt bekanntzumachen.

Das Gastland muß von politischen Flüchtlingen die Respektierung der Gesetze fordern. Es darf erwarten, daß sich die Gäste nicht in die Politik des Gastlandes einmischen. Die Auseinandersetzung auf dem Boden der Bundesrepublik unter den Angehörigen verschiedener Strömungen des Heimatlandes darf nicht mit ungesetzlichen oder gar terroristischen Methoden geführt werden.

Wir haben einiges erlebt an Mißachtung unserer Gesetzlichkeit und Souveränität durch organisierte Entführung, Attentate und Mord. Das ist unerträglich, und die deutschen Behörden haben alles zu tun, um auch Ausländer

zur strikten Einhaltung der deutschen Gesetze zu zwingen. Ausländer — auch politische Flüchtlinge —, die dazu nicht bereit sind, sollten wissen, daß sie auch die Ausweisung riskieren.

Ein freies Land, das vor nicht langer Zeit selbst eine schreckliche Diktatur erleiden mußte, sollte aber politischen Flüchtlingen nicht den Maulkorb umhängen und sie nicht zu hindern versuchen, für die Freiheit in ihrem Land von unserem Land aus zu wirken. Das mag für die Bundesregierung einige Spannungen zu anderen Regierungen bedeuten, die wir aber aus humanitären und politischen Gründen auf uns nehmen sollten.

So wie das Auswärtige Amt 1965 von den politischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik politische Abstinenz fordert, so forderte es auch zu Hitlers Zeiten von den europäischen Nachbarstaaten, den deutschen Flüchtlingen jede politische Tätigkeit zu verbieten. Trotz des massiven Drucks der Reichsregierung haben sich die demokratischen Nachbarn damals nicht zwingen lassen, den deutschen Flüchtlingen den Kampf gegen Hitlers Verbrechen zu verbieten. Als einer, der damals die politische Freiheit seiner Gastländer genoß und zum Kampf gegen den Nationalsozialismus ausnützte, möchte ich nicht verschweigen, daß auch wir damals von den Regierungen um Zurückhaltung gebeten wurden. Wir haben uns um Loyalität gegenüber unseren Gastländern bemüht, aber den Kampf gegen den Nationalsozialismus als unsere ständige Aufgabe nicht verdrängen lassen.

So wie die demokratischen Länder damals Asylrecht und Kampf um die Freiheit als unveräußerliche, demokratische Grundrechte auch der deutschen Emigration sicherten — obgleich ihnen daraus außenpolitische und wirtschaftliche Schwierigkeiten entstanden —, sollte die Bundesrepublik den ausländischen politischen Flüchtlingen politische Freiheit garantieren."

Hinweise

Die Monatsschrift *Atomzeitalter* (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M.) hat in den letzten Heften wieder eine Reihe besonders lesenswerter Aufsätze veröffentlicht. In Heft 3 sind die Abhandlungen von Thomas C. Schelling, Seymour Melman und Claus Koch zu Problemen der Rüstungsindustrie und den wirtschaftlichen Folgen einer Abrüstung hervorzuheben, ferner ein Erfahrungsbericht „Als Soziologiestudent in der Bundeswehr“ von Wildo Mosen. In Heft 4 und 5 findet sich eine umfangreiche Untersuchung von Ludwig Auerbach über „Management und Ausbildung in der DDR“; über das „Neue Ökonomische System“ in der DDR bringt Heft 5 den ersten Teil einer Abhandlung von Manfred Rexin. Ferner in Heft 4 ein Aufsatz „Tradition und

Kontinuität der deutschen Frage" von Immanuel Geiss sowie Materialien zu den Themen Publizistischer Landesverrat — Automation im graphischen Gewerbe — Erhards „Formierte Gesellschaft"; in Heft 5 eine interessante Betrachtung zu Möglichkeiten einer außerparlamentarischen gesellschaftlichen Opposition in der Bundesrepublik von Heinz Theo Risse.

Vorgänge, die Monatsschrift der Humanistischen Union (Szczesny Verlag, München 9, Geiseltalstraße 116) bringt in Heft 4 und Heft 5 wichtige Materialien und Aufsätze zu der Auseinandersetzung um das Konkordat in Niedersachsen, zur Aktion „Saubere Leinwand" und zu anderen Zensurforderungen, zur Notstandsgesetzgebung usw.

Forum (Wien VII, Museumstr. 5) veröffentlicht im Doppelheft Juni/Juli 1965 einen interessanten Versuch: vierzig Autoren — darunter Willy Brandt, Julius Deutsch, Iring Fettscher, Josef Hindels, Norbert Leser, Eduard März, Oswald von Nell-Breuning — definieren in maximal hundert Worten, was nach ihrer Ansicht „Sozialismus heute" ist.

Dem Thema „Beamte heute" hat der *ÖTV-Vertrauensmann* sein Juniheft 1965 gewidmet. Auf ein Geleitwort von Heinz Kluncker folgen mehr als ein Dutzend Aufsätze, von denen die folgenden hervorgehoben seien: Koali-

tions- und Meinungsfreiheit im öffentlichen Dienst (Gerhard Schmidt), Der Beamte und das Parlament (Hermann Schmitt-Vockenhausen), Der Beamte in der öffentlichen Meinung (Werner Behr), Der Beamte in der Gewerkschaft (Henry Lillidi).

Moderne Welt, Vierteljahrszeitschrift für vergleichende geisteswissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Forschung, herausgegeben vom Arbeitskreis für Ost-West-Fragen in Vlotho/Weser, erscheint jetzt im Econ-Verlag, Düsseldorf. Heft 1/1965 bringt vor allem Abhandlungen, „die deutlich machen, daß sich neue Entwicklungstendenzen im kommunistischen Lager nicht nur in allen Ländern des europäischen Ostblocks bemerkbar machen, sondern auch auf allen Wissenschaftsgebieten zu beobachten sind", wie der Herausgeber Prof. Dr. Walter Hildebrandt im Vorwort zu diesem Heft bemerkt. Die einzelnen Themen: Demokratie und Freiheit der Persönlichkeit in der neueren Entwicklung des Sowjetrechts (Klaus Westen) — Marxismus oder Humanismus? Gedanken über die revisionistischen Richtungen kommunistischer Sozialphilosophie (Ervin Laszlo) — Soziologie als Instrument der Politik, Zum Aufbau der Soziologie in der DDR (Peter Christian Ludz) — Das Eigentums- und Erbrecht in der Sowjetunion (Hans Niedermeier).
W. F.